Vergleich Instrumente und Ziele der Verwaltung

Kriterien	Bäume als Landschaftsbestandteile / Baumschutzsatzung	Bäume als Naturdenkmäler	Bäume als Lieberstätten	Bäume in B-Plänen, Vorhaben- und Erschließungsplänen, städtebaulichen Verträgen	Bäume in örtlichen Bauvorschriften	Bäume in Entwicklungskonzepten, Strategien und Leitlinien zur kommunalen Selbstverpflichtung	Bäume in Strategien und Leitlinien zur privaten Selbstverpflichtung	Bäume in kommunalen Förderprogrammen, richtlinien, Sammelbestellungen etc.
Ziel	Dient primär Schutz und Erhalt von "Schutzreihen" Baumbeständen	Dient primär Schutz und Erhalt von "besonderen Bäumen mit Denkmalkarakter"	Dient primär dem Tier- und Artenschutz	Dient primär der baulichen Entwicklung. Unabhängig von ihnen bauliche Entwicklung findet. Dieses Instrument keine Anwendung	Dient dazu, auf Baugrundrücken für eine Durchgrünung mittels Neupflanzungen zu sorgen (Bestandsbäume können angebracht werden, müssen nicht)	Kann gezielt für Schutz, Erhalt und Weiterentwicklung des kommunalen Baumbestands im Siedlungsbereich entwickelt werden	Kann gezielt für Schutz, Erhalt und Weiterentwicklung des privaten Baumbestands im Siedlungsbereich erarbeitet werden	Dient primär Schutz, Erhalt und Weiterentwicklung des privaten Baumbestands
Verbindlichkeit	Rechtsverbindliche Festsetzung erfolgt als kommunale Satzung. Definition von "Schutzreihen" Bäume sind vorgemessen. Durchsetzung liegt bei der Kommune. Baumbestände auf öffentlichen und privaten Flächen	Rechtsverbindliche Festsetzung erfolgt durch die UNB. Durchsetzung erfolgt durch die UNB. Kapazitäten hierfür oft nicht gegeben. Baumbestände auf öffentlichen und privaten Flächen	Rechtsverbindlichkeit als Bundesgesetz grundsätzlich gegeben. Durchsetzung erfolgt durch die UNB. Kapazitäten hierfür oft nicht gegeben. Baumbestände auf öffentlichen und privaten Flächen	Sämtliche Regelungen sind erst nach Beschluss des B-Plans bzw. Abschluss des Vertrags rechtsverbindlich. Durchsetzung und Kontrolle liegt bei der Kommune. Baumbestände auf öffentlichen und privaten Flächen	Sämtliche Regelungen sind erst nach Beschluss der örtlichen Bauvorschriften (entweder geregelt zu einem B-Plan oder selbstständige Satzung) rechtsverbindlich. Durchsetzung und Kontrolle liegt bei der Kommune. Beflagung und Nutzung der anbotasteten Flächen der bebauten Grundstücke	Kannige Selbstverpflichtung für Bäume auf kommunalen und öffentlichen Flächen. Die Verbindlichkeit der Selbstverpflichtung kann durch politischen Beschluss erhöht werden	freiwillige Selbstverpflichtung für Bäume auf privaten Flächen	nicht gegeben
Flächendeckend	+ gegeben / Geltungsbereich umfasst id. Regel gesamten Siedlungsbereich oder Teilbereiche davon	+ nicht gegeben	+ nicht gegeben	+ nur klarflüchtig innerhalb des definierten Geltungsbereichs	+ abhängig für ein einzelnes Siedlungsgebiet, abgegrenzter Teil der Gemeinde oder gesamte Gemeindegebiet aufgestellt	- / 0	-	-
Einhellige Regelung für Schutz und Erhalt von Bestandsbäumen	+ für "Schutzreihen" Bäume gegeben	+ für "Naturdenkmäler" gegeben	- nicht gegeben	- Baumfällungen vor Beschluss bzw. Vertragsabschluss und häufig nach Inkrafttreten innerhalb des Geltungsbereichs möglich	- nicht gegeben (Bestandsbäume können zwar ggf. auf Planverpflichtung angeordnet werden, aber es liegt im Ermessen des Grundstücksentwärters, ob er Bestandsbäume erhält oder Neupflanzungen vorzuzieht)	+ vorgesehen	+ vorgesehen	+ vorgesehen
Einhellige Regelung von Ausgleich und Ersatz bei Baumfällung	+ für "Schutzreihen" Bäume gegeben	+ für "Naturdenkmäler" gegeben	- nicht gegeben	- / + Regelungen greifen erst nach Inkrafttreten. Im Rahmen von B-Plan Verfahren kann eine Vergleichbarkeit der getroffenen Regelungen erreicht werden. "Städtebauliche Verträge" / "Freibäume" Regelung von Ausgleich und Ersatz möglich. Festsetzungen und Vorgaben "überalterter B-Pläne" sind nicht mit den Inhalten aktueller B-Pläne vergleichbar	- nicht gegeben (Verpflichtung besteht nur für eine Durchgrünung gemäß Vorgabe der örtlichen Bauvorschrift, unabhängig von Ausgangsbestand auf dem Baugrundstück)	+ vorgesehen	+ vorgesehen	- nicht gegeben
Weiterentwicklung Baumbestand	- nicht gegeben	- nicht gegeben	- nicht gegeben	- / + gegeben	- gegeben (in Sinne einer Mindestbepflanzung von Baugrundrücken)	+ vorgesehen	+ vorgesehen	+ vorgesehen
Gleichberechtigt für Bäume auf öffentlichen + privaten Grundstücken	+ gegeben	+ gegeben	+ gegeben	+ gegeben	+ gegeben	- nur kommunale u. öffentliche Flächen	+ nur private Flächen	+ nur private Flächen
Regelungslücke §34 BauGB schließen (unabhängiger Innenbereich)	+ gegeben	- nicht gegeben	- nicht gegeben	- innerhalb des meist klarflüchtigen Geltungsbereich der baulichen Entwicklung	- Hinfälliglich Durchgrünung (unabhängig von Bestand) innerhalb des Satzungsbereichs gegeben	- nicht vorgesehen	- nicht vorgesehen	- nicht vorgesehen
Regelungslücke §9 BauGB schließen (bedeuter Innenbereich überalterte B-Pläne)	+ gegeben	- nicht gegeben	- nicht vorgesehen	- nicht zwingend / im Bereich überalterter B-Pläne bestehen Regelungslücken weil keine bzw. marginale Vorgaben und Festsetzungen getroffen wurden. Bei Fortdrehung und Neuaufholung gegeben	- Hinfälliglich Durchgrünung (unabhängig von Bestand) innerhalb des Satzungsbereichs gegeben	- nicht vorgesehen	- nicht vorgesehen	- nicht vorgesehen
Akzeptanz	+ zum Teil geringe Akzeptanz vor Einführung. Anzahl der "Betroffenen" umfasst i.d.R. sämtliche privaten Grundstückseigentümer. Widersprüche können unerblickbar an die Gemeindeverwaltung adressiert werden	- Bundesgesetz stellt die Frage nach Akzeptanz nicht	- Bundesgesetz stellt die Frage nach Akzeptanz nicht	- Bäume sind Teil eines Gesamtpaketes und fallen beschab auch nicht so ins Gewicht. Anzahl der "Betroffenen" i.d.R. überschaubar. Widersprüche können adressierbar an die Gemeindeverwaltung adressiert werden	- Baurückstellungen sind i.d.R. Teil eines Gesamtprojektes an örtlichen Bauvorschriften und fallen beschab auch nicht so ins Gewicht. Anzahl der "Betroffenen" abhängig von Größe des Siedlungsbereichs. Widersprüche an die Gemeindeverwaltung adressiert werden	- id. Regel hoch	+ aufgrund der freiwilligen Selbstverpflichtung und der fehlenden rechtlichen Verbindlichkeit hoch	+ hoch
Gestaltungshoheit	- Kommune	- UNB. Kommune gibt Vorschläge zu möglichen Naturdenkmälern an UNB	- UNB	- Kommune (gem. der Möglichkeiten des Festsetzungskatalogs) städtebaul. Vertrag / großes Gestaltungsspielräume und Verhandlungssache	- Kommune (gem. den Möglichkeiten der Landesbauordnung)	- Kommune	- Kommune	- Kommune
Aufwand für Kommune	+ Erarbeitung / gering Durchsetzung und Kontrolle / jeder Antrag bedarf einer individuellen Bearbeitung. Aufwand abhängig von eingehenden Anträgen	+ Erarbeitung Hinweisliste durch Kommune / mittel Durchsetzung und Kontrolle durch UNB	- nicht gegeben	+ Aufholung / hoch - jeder B-Plan, VEB und städtebaul. Vertrag ist ein eigenständiges Verfahren aus Vorgabe ohne Verfahrensgestaltung und -dauer (analog zu vereinfachtem B-Plan-Verfahren) Durchsetzung und Kontrolle / hoch	+ Aufholung / mittel - hoch Möglichkeiten der örtlichen Bauvorschriften / Vorgabe ohne Verfahrensgestaltung und -dauer (analog zu vereinfachtem B-Plan-Verfahren) Durchsetzung und Kontrolle / hoch	+ Erarbeitung / mittel Umsetzung / schwer vorhersehbar	+ Erarbeitung / mittel Umsetzung / schwer vorhersehbar	+ Erarbeitung / mittel - hoch Umsetzung / mittel
Umsetzbarkeit	+ Erarbeitung und Erfass kurzfristig möglich. Umsetzung Daueraufgabe - jeder Antrag auf Führung ist eine individuelle Bearbeitung aus Einsatz Ressourcen abhängig von der Anzahl eingehender	+ begrenzte Kapazitäten der UNB limitieren häufig die Festsetzung und Kontrolle. Ausweisung mittel und langfristig prüfen	- ausschließlich UNB	+ häufig lange Verfahrensdauer (bis zu mehrere Jahre möglich). Aufhebung, Kontrolle und Vertrag fordern umfassende Kapazitäten	+ häufig lange Verfahrensdauer (abhängig von Umfang und Tiefe der örtlichen Bauvorschriften). Aufhebung, Kontrolle und Vollzug fordern umfassende Kapazitäten	+ Erarbeitung und Erfass kurzfristig möglich. Umsetzung Daueraufgabe	+ Erarbeitung und Erfass kurzfristig möglich. Umsetzung Daueraufgabe	+ Erarbeitung kurzfristig möglich. Umsetzbarkeit von finanziellen Möglichkeiten der Kommune abhängig